55. Jahrgang. № 48. Freitag, 17. Februar 1911.

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druck und Verlag von Liepsch & Reichardt in Dresden.

Bezugsgebühr vierteljährl. für Dresden bei täglich zweimaliger Zutragung an Sonn- und Montagen nur einmal) 2,50 Mk., bei auswärtiger Kommissionär 3,50 Mk. Bei einmaliger Zustellung durch die Post 3 Mk. ohne Bestellgeld. Die den Lesern von Dresden u. Umgebung am Tage vorher zugehenden Abend-Ausgaben erhalten die auswärtigen Bezieher mit der Morgen-Ausgabe gleichzeitig zugesandt. Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresd. Nachr.") zulässig. — Unverlangte Manuskripte werden nicht aufbewahrt.

Telegramm-Adresse: Nachrichten Dresden.
Fernsprecher: 11 • 2096 • 3601.

Anzeigen-Tarif Annahme von Ankündigungen bis nachm. 3 Uhr, Sonntags nur Marienstraße 38 von 11 bis ½1 Uhr. Die einspaltige Grundzeile (ca. 8 Silben) 25 Pf., Familien-Nachrichten aus Dresden 20 Pf.; Geschäftsanzeigen auf der Privatseite Zeile 30 Pf.; die zweispaltige Zeile a. Reklamen 60 Pf. — In Nummern nach Sonn- u. Feiertagen: die einspaltige Grundzeile 30 Pf., auf Privatseite 40 Pf., Familien-Nachrichten a. Dresden die Grundzeile 25 Pf. — Auswärtige Aufträge nur gegen Vorausbezahlung. — Jeder Belegblatt kostet 10 Pf.

Hauptgeschäftsstelle: Marienstraße 38/40.

Seidel & Naumanns Nähmaschinen sind zu haben: Struvestraße 9, Johannesstraße 15, Bautzner Straße 6, Vorwerkstraße 7.

Schwemmkanalisation: Planung u. Ausführung von Grundstücksentwässerungen, Klosett- und Wasserleitungsanlagen. Einholen der behördl. Genehmigung, Erwirkung der Renten. Auskünfte und Kostenanschläge unentgeltlich. Telephon 402. **Friedrich Gappisch, Marienstrasse 11.**

Masken Tafelscherze Ueberraschungen Grossartige Auswahl. Spielwaren-Haus **B. A. Müller,** Königl. Sächs. Hoflieferant, Prager Str. 32|34.

Bandwurmmittel „Contrataeniam" (D.R.W.-Sch. 51130), flüssig und in Kapseln, exakte Wirkung, bequem einzunehmen. 2 Mk. Versand nach auswärts. **Konigl. Hofapotheke, Dresden-A., Georgentor.**

Alpine Volkstrachten Grossartigste Auswahl. Sehenswerte Schaufenster-Dekoration. **Jos. Fiechtl aus Tirol,** Schloss-Strasse 23.

Für eilige Leser.

Mutmaßliche Witterung: Mild, vorwiegend trübe.

Die Stadtverordneten ersuchten in ihrer gestrigen Sitzung den Rat, auf weitere Schritte zur Verbilligung der Fleischpreise bedacht zu sein und nahm den Haushaltplan mit geringfügiger Abweichung von der Ratsvorlage einstimmig an.

Im Königl. Schauspielhause hatte Hans Sonnenstößers Höllenfahrt, ein heiteres Traumspiel in zwei Akten von Paul Apel, sehr freundlichen Erfolg.

Eine Vereinfachung des Geschäftsganges der Reichsbehörden ist vom Reichskanzler angeregt worden.

Professor Bernhard-Berlin hat beim Kultusminister eine Beschwerde gegen Professor Sering eingereicht.

Das Amtsgericht Berlin-Mitte wies die Beleidigungsklage Bruhn gegen 60 deutsche Zeitungen anläßlich des Dahsel-Prozesses ab.

Der Oberpräsident von Westfalen Freiherr v. d. Recke ist in Münster gestorben.

Die Pariser Meldungen von einer neuen russischen Anleihe in Deutschland werden an Berliner unterrichteter Stelle bestätigt.

In den Volksschulen Finnlands wird die russische Sprache als obligatorischer Lehrgegenstand eingeführt.

Rußland beschloß, eine chinesische Grenzstadt zu besetzen, falls seine Forderungen zugunsten des russischen Handels in der Mongolei nicht erfüllt werden.

Die Aufständischen im Jemen verloren bei einem Angriff auf Ebha 400 Tote.

Die Rede des Reichskanzlers

beim Festmahl des Deutschen Landwirtschaftsrates hat ihren Schwerpunkt in der Betonung der praktischen Arbeit, die von der Landwirtschaft überhaupt und insbesondere auf dem Gebiete der Fleischversorgung der Bevölkerung zu leisten ist. Der Kanzler verheißt bei der Erfüllung dieser nationalen Aufgabe der Landwirtschaft den Schutz der Regierung, aber er weist auch mit allem Nachdruck auf die ernsten Pflichten hin, die den deutschen Landwirten nach dieser Richtung obliegen. Sehr beachtenswert sind auch die von einem tiefen Verständnis für die Bedeutung des Mittelstandes getragenen Anregungen, die der Kanzler im Sinne der Besiedlung des platten Landes durch Vermehrung der Bauernstellen gibt. „Der Freiherr von Soden", erklärte Herr von Bethmann-Hollweg wörtlich, „konnte feststellen, daß es in Deutschland, Gott sei Dank, weder eine politische, noch eine geistige Main-Linie mehr gibt. Aber an ihrer Stelle hat sich die andere Main-Linie zwischen den Besitzenden und den Nichtbesitzenden mehr und mehr vertieft. Die werden wir zwar nicht zuschütten, aber wir werden sie überbrücken können und müssen. Und eine dieser Brücken schlagen wir, wenn wir den Klein- und Mittelbesitz energisch vermehren. Der Deutsche Landwirtschaftsrat wird seinen Verdiensten ein neues hinzufügen, wenn er an seinem Teile das Verständnis auch für diese Frage immer weiteren Kreisen vermittelt. Er dient damit nicht der Landwirtschaft allein, er dient unserem ganzen Vaterland." Wenn sich ferner durch die Rede des Kanzlers das sichtliche Bestreben zieht, die rein wirtschaftlichen Fragen aus dem Rahmen eines unfruchtbaren Doktrinarismus herauszuheben und die gemeinsamen Gesichtspunkte und Interessen aller großen vaterländischen Erwerbsgruppen hervorzuheben, um im Anschluß daran zur Begrabung der politischen Streitaxt zwischen Landwirtschaft, Industrie und Handel zu mahnen, so wird der oberste verantwortliche Beamte des Reiches auch in diesem Punkte auf die ungetrübte Zustimmung aller Patrioten rechnen dürfen. Dabei ergibt sich freilich unmittelbar ein Ausblick auf die tatsächliche innerpolitische Lage, der an den beklagenswerten Erscheinungen der fortschreitenden Entfremdung zwischen rechts und links nicht vorübergehen kann. Wenn alle großen Erwerbsgruppen miteinander in Frieden leben und sich eines gesicherten Schutzes ihrer Existenzbedingungen erfreuen sollen, so müssen sie auch an den beiden führenden nationalen Parteien eine zuverlässige Stütze für eine gesunde, auf den Schutz der vaterländischen Arbeit gerichtete Wirtschaftspolitik finden. Die Erfüllung dieser Vorbedingung aber wird in ebendem Maße erschwert, wie die nationalliberale Partei durch ihren Kampf gegen die Rechte und durch die engere Verbindung mit dem Fortschritt sich der Grenze nähert, an der eines der festesten Bänder, das sie mit den Konservativen verknüpft, das gemeinsame Eintreten für eine verständige Schutzzollpolitik, zu zerreißen droht. In der Möglichkeit einer Gefährdung unserer bewährten nationalen Wirtschaftspolitik tritt einer der besorgniserregendsten Zersetzungskeime des „Zuges nach links" in die Erscheinung. Hoffentlicht trägt die Rede des Reichskanzlers dazu bei, das Bewußtsein hierfür in nationalliberalen Kreisen zu schärfen und dort die auf den Anschluß nach rechts drängenden Elemente in ihrer Stellung zu stärken.

Parlamentarische Vertrauensbrüche,

durch die eine von der Regierung ausdrücklich auferlegte Schweigepflicht gebrochen wird, sollten eigentlich zu den unmöglichen Dingen gehören, wenn jeder einzelne Abgeordnete in jedem Augenblicke von dem Gefühl der großen, ihm durch seine hohe Ehrenstellung übertragenen Verantwortlichkeit beseelt wäre. Schon im privaten Leben gilt die Bewahrung der Diskretion in der gebildeten Gesellschaft allgemein als Ehrensache, und ein Mensch, der in skrupelloser Weise vertrauliche Aeußerungen verwertet, erleidet durch ein solches Gebaren Einbuße an Achtung und Wertschätzung. Wenn aber vollends staatliche Interessen auf dem Spiele stehen, wenn es sich um Fragen von nationaler Bedeutung handelt, bei denen in unserer Zeit der bis aufs äußerste getriebenen Oeffentlichkeit die kleinste Indiskretion eine Lawine von unliebsamen, wenn nicht direkt gefährlichen Erörterungen ins Rollen bringen und unübersehbare Verstimmungen und Verärgerungen auslösen kann, dann gebieten persönliche Ehrenhaftigkeit und politische Klugheit gleichmäßig die peinlichste Gewissenhaftigkeit und die strengste Fesselung des lockeren Zungenbandes.

Vor zwei Jahren, fast genau um die jetzige Zeit, war es, als ein sozialdemokratisches Reichstagsmitglied sich eines groben Vertrauensbruches dadurch schuldig machte, daß es geheime, in der Budgetkommission gegebene Mitteilungen der Regierung über auswärtige Angelegenheiten in geschäftsmäßiger journalistischer Verwertung an die große Glocke hängte. Die Empörung über diesen Vorgang war so allgemein, daß selbst die sozialdemokratische Parteileitung ihren „Genossen" preisgeben und seine Handlungsweise verurteilen mußte. Leider hat aber das damalige böse Beispiel nicht abschreckend genug gewirkt, um die Wiederholung ähnlicher Vergehen gegen die parlamentarische Disziplin und den nationalen Anstand gründlich zu verhindern. Vielmehr muß die beschämende Feststellung gemacht werden, daß jetzt innerhalb weniger Tage sogar zweimal hintereinander vertrauliche Ausführungen von Regierungsvertretern in Reichstagskommissionen aus den vier Wänden des Beratungszimmers, hinter denen sie verwahrt bleiben sollten, an die Oeffentlichkeit hinausgetragen wurden. In dem einen Falle handelte es sich um Erklärungen des Staatssekretärs v. Kiderlen-Wächter zur Frage der Schiffahrtsabgaben, die u. a. dahin gelautet haben sollten, daß der Staatssekretär den Widerstand der beteiligten auswärtigen Regierungen „nicht tragisch nehme". Darauf erfolgte sofort die offiziöse Richtigstellung, daß die Aeußerung des Ministers sich lediglich auf die Kundgebungen der privaten Interessenten bezogen habe. Es leuchtet ohne weiteres ein, wie wichtig dieser Unterschied ist, und wie unangenehm es für die betroffene amtliche Stelle sein mußte, sich dem Verdachte ausgesetzt zu sehen, daß sie in so wegwerfender Weise von den offiziellen Verlautbarungen in Wien und im Haag gesprochen habe. Der zweite Fall kam in der Budgetkommission vor und bezog sich auf angebliche pessimistische Auslassungen des Herrn von Kiderlen-Wächter über die auswärtige Lage, die der Pariser „Matin" ausposaunte. In Sachen der Schiffahrtsabgaben ist inzwischen durch den schuldigen Abgeordneten selbst eine Erläuterung dahin gegeben worden, daß er als Zuhörer der Kommissionssitzung beigewohnt und seine Mitteilungen ohne Kenntnis ihres vertraulichen Charakters einem Journalisten gemacht habe. Der in der Budgetkommission begangene Vertrauensbruch harrt dagegen noch der Aufklärung, soweit der Urheber der Indiskretion in Frage kommt. Der Vorsitzende der Budgetkommission Freiherr von Gamp hat aber Gelegenheit genommen, die Kommissionsmitglieder selbst vor dem Vorwurfe einer von ihnen begangenen Indiskretion in Schutz zu nehmen, so daß auch hier nur die Annahme der Verschuldung eines zuhörenden Abgeordneten übrig bleibt.

Es ist ja gewiß sehr erfreulich, daß auf solche Weise die Kommissionsmitglieder von dem Vorwurfe einer eigenen Indiskretion gereinigt werden. Die Vertrauensbrüche bleiben aber trotzdem bestehen, auch mit Bezug auf den Abgeordneten, der als Zuhörer in der Kommission über die Schiffahrtsabgaben anwesend gewesen ist. Von einem Mitgliede des Parlaments muß unter allen Umständen so viel Einsicht verlangt werden, daß es sich des heiklen Charakters der in Frage kommenden Aeußerungen genügend bewußt ist, um nicht auf den bloßen subjektiven Glauben hin, sie seien in nicht vertraulicher Form gegeben, zu ihrer öffentlichen Verbreitung die Hand zu bieten.

Daß die Stimmung an amtlicher Stelle angesichts solcher Vorkommnisse einen starken Tiefstand angenommen hat, ist nicht verwunderlich. Wenn die Vertreter der Regierung nicht die unbedingte Sicherheit genießen können, daß die vertraulichen Eröffnungen, die sie im Schoße von Reichstagskommissionen machen, genau so unverletzlich sind, wie die Bibel auf dem Altar, dann wird die Grundlage des Vertrauens in den Beziehungen zwischen Regierung und Volksvertretung auf das schwerste erschüttert, und es muß notgedrungen ein frostiges Verhältnis eintreten, das der auf harmonisches Zusammenwirken beider Faktoren angewiesenen Förderung der öffentlichen Geschäfte ebenso wenig zuträglich ist, wie dem Ansehen des Reichstags. Welchen Eindruck die begangenen Indiskretionen in offiziellen Kreisen gemacht haben, läßt sich aus der dazu ergangenen offiziösen Auslassung entnehmen, die kühl bis ans Herz hinan besagt, daß unter solchen Umständen die Vertreter der Regierung sich künftig in den Kommissionen größere Zurückhaltung auferlegen müßten. Wenn der Reichstag eine derartige unerfreuliche Beschränkung der offenen amtlichen Aussprache in den Kommissionen verhindern will, so wird er in die unausweichliche Notwendigkeit versetzt, seinerseits durch eine entsprechende Aenderung der geschäftsordnungsmäßigen Bestimmungen zu einer Verstärkung der Garantien beizutragen, welche die strenge Wahrung des Geheimnisses vertraulicher Mitteilungen gewährleisten. Dieser Zweck ist ohne große Schwierigkeiten dadurch zu erreichen, daß die Oeffentlichkeit der Kommissionsverhandlungen eingeschränkt wird. Dabei braucht man durchaus nicht das Kind mit dem Bade auszuschütten, wie es durch die Verwirklichung des Vorschlages geschehen würde, die Beratungen in den Kommissionen überhaupt hinter verschlossenen Türen vor sich gehen zu lassen. Es leuchtet ohne weiteres ein, daß dieser Weg nicht gangbar ist, weil man billigerweise den Abgeordneten selbst nicht grundsätzlich verbieten kann, als Zuhörer den Kommissionsverhandlungen beizuwohnen. Wohl aber läßt sich der Ausschluß der Oeffentlichkeit auch für Abgeordnete durchführen, wenn die Maßregel auf den besonderen Fall vertraulicher Regierungserklärungen beschränkt wird. Sobald einmal eine geschäftsordnungsmäßige Handhabe gegeben ist, um jeder Kommission bei der Entgegennahme von vertraulichen amtlichen Eröffnungen den Charakter eines völlig geschlossenen Zirkels zu sichern, erscheint ein Vertrauensbruch kaum noch denkbar, weil dann allemal der Schuldige ohne weiteres in den Reihen der Kommissionsmitglieder selbst zu suchen und durch Befragung seitens des Vorsitzenden auf Pflicht und Gewissen festzustellen wäre. Solange aber der gegenwärtige Zustand andauert, bleibt immer die Möglichkeit bestehen, daß einer der hin und her huschenden zuhörenden Abgeordneten sein Mitteilungsbedürfnis nicht gehörig zügelt und dadurch den gesamten Reichstag in eine schiefe Lage bringt.

Neueste Drahtmeldungen

vom 16. Februar.

Deutscher Reichstag.

(Fortsetzung aus dem Abendblatte.)

Berlin. (Priv.-Tel.) In der fortgesetzten Beratung des **Marine-Etats** erwidert auf wiederholte Beschwerden des Abg. Struve (Vp.) der Staatssekretär v. Tirpitz: Die Arbeiterorganisationen werden nicht verhindert; wir lassen uns aber nicht vom Metallarbeiterkongreß majorisieren. (Beifall.) In sämtlichen Marinen der Welt stehen Offiziere an der Spitze der Werften, und das mit Recht. Die Oberwerftdirektoren haben alle eine besondere fachliche Ausbildung genossen. — Abg. Schirmer (Ztr.) wünscht größere Berücksichtigung süddeutscher Gewerbtreibender bei Vergebung von Lieferungen, wodurch auch im Süden das Verständnis für die Flotte erheblich gefördert werden würde. — Geh. Admiralitätsrat Harms erwidert, daß süddeutsche Geschäftsleute schon nach Möglichkeit berücksichtigt würden. — Abg. Severing (Soz.) verbreitet sich in einer längeren Rede über Mißstände auf den Werften. Er habe nicht bloß 4 bis 5 Tage, wie Dr. Weber, sondern mehrere Wochen auf den Werften zugebracht. Ihm könne man keine Potemkinschen Dörfer vormachen. Abg. Dr. Weber (nl.): Herr Severing sollte